

**«Wer seine Frau schlägt, soll nicht hierbleiben»**

Die Aargauer CVP-Politikerin Marianne Binder fordert Null-Toleranz gegenüber ausländischen Gewalttätern.

Andrea Sommer

Bessere Integration. Migrantinnen sollen gestärkt werden, damit keine Parallelgesellschaften entstehen. Bild: fotolia

BaZ: Frau Binder, Babette Sigg, die Präsidentin der CVP Frauen, sagt, Gewalt gegen Frauen sei vor allem ein Migrantinnen-Problem. Teilen Sie diese Haltung? Marianne Binder: Es ist nicht nur ein Migrantinnenproblem, aber es ist auch ein Migrantinnenproblem. Babette Sigg fordert zudem, dass man damit aufhören müsse, dies totzuschweigen. Sie hat vollkommen recht. Wir dürfen vor dieser importierten Gewalt nicht mehr die Augen verschliessen. Man darf nicht pauschalisieren, aber man muss davon sprechen.

Was macht Sie so sicher, dass Migrantinnen ein Problem sind? Die Zahlen des Bundesamts für Statistik: Sowohl die Kriminal- als auch die Strafurteilsstatistik zeigen, dass ausländische Männer gemessen an ihrem Anteil an der Bevölkerung überproportional viele Gewalttaten begehen.

Von welchen Ausländern sprechen wir? Es ist evident, dass Männer, die aus patriarchal geprägten Kulturen kommen, in denen Frauen untergeordnet sind, eine andere Vorstellung von Gewalt haben.

Pierre Maudet, der Präsident der Justiz- und Polizeidirektoren-Konferenz und Genfer Sicherheitsdirektor, fordert eine nationale Plattform gegen Gewalt an Frauen, dass alle Akteure von der Polizei über die Justiz bis zu den Schulen besser kooperieren müssten – eine gute Idee? Mehr Transparenz in diesem Bereich wäre zu begrüssen. Man muss aufzeigen, wer gegen wen Gewalt ausübt. Nehmen wir die häusliche Gewalt. Der Begriff klingt beschönigend, als hätte es etwas mit einheimischer Gewalt zu tun. Tatsächlich wenden viele Schweizer Eltern auch Gewalt an, aber es ist davon auszugehen, dass auch hier oft Migrantinnen die Täter und ihre Frauen und Kinder die Opfer sind. Ein Hinweis darauf gibt die unlängst publizierte Studie der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften zur Gewalt in der Erziehung. Darin schreiben die Autoren, dass Eltern aus afrikanischen Ländern, aus Sri Lanka, Brasilien und dem arabischen Raum schwere Gewalt gegen ihre Kinder anwenden. Das müssen wir genauer untersuchen, damit wir gezielt gegen diese Gewalt vorgehen können. Wenn diese Plattform der Aufklärung dient: sehr gut.

Die SP-Vizepräsidentinnen haben einen Fünf-Punkte-Plan vorgestellt, in dem sie unter anderem mehr Prävention, den Ausbau von Frauenhäusern sowie die Umsetzung gleichstellungspolitischer Massnahmen fordern. Dass sie in ihrem Plan die Migrantinnen mit keinem Wort erwähnen, zeigt das Dilemma in linken Kreisen. Man protestiert gegen Gewalt an Frauen, weigert sich jedoch, das Problem beim Namen zu nennen. Man fordert Gleichberechtigung, übergeht jedoch Frauen in Migrantinnenkreisen. Gegenüber westlichen Männern gilt konsequente Gleichstellung, gegenüber Migrantinnen das Wort Toleranz. Das ist letztlich Toleranz gegenüber dem Patriarchat. Damit stützt man frauenfeindliche Haltungen.

«Männer aus patriarchal geprägten Kulturen haben eine andere Vorstellung von Gewalt.»

Was ist zu tun? Brauchen wir mehr Integration? Wir müssen Migrantinnen stärken, damit keine Parallelgesellschaften entstehen. Ihnen klarmachen, dass sie hier gleichberechtigt sind. Dies ist auch deshalb wichtig, weil Mütter bei der Erziehung ihrer Kinder eine zentrale Rolle haben. Es braucht nicht nur gleiche Rechte zwischen Mann und Frau, sondern auch zwischen Frau und Frau.

In der Schweiz darf jeder so leben, wie er will. Wie wollen Sie diese Frauen erreichen? Zum Beispiel mit obligatorischen Sprach- und Integrationskursen. Die Gleichstellungsfachstellen könnten sich vermehrt um die Integration dieser Frauen kümmern, ihnen Arbeitsmöglichkeiten eröffnen. Wir haben einst hart für unsere Freiheits- und Gleichheitsrechte gekämpft und sollten sie konsequent verteidigen. Falsche Toleranz fördert Intoleranz: einerseits bei gewaltbereiten Leuten, die das Gefühl haben, im Westen lasse man ihnen alles durchgehen, und andererseits bei der Bevölkerung, die irgendwann genug haben wird. Darunter leiden dann alle Migranten, die sich wohl verhalten. Das sind die meisten.

Reicht ein Integrationskurs, damit solche Leute unsere Werte verinnerlichen? Integration braucht immer Zeit. Es dauert eine bis drei Generationen, bis die Leute wirklich hier angekommen sind. Dennoch müssen wir Menschen, die zu uns kommen und die hier leben wollen, von Anfang an klarmachen, dass sie sich unseren Gesetzen anpassen müssen und nicht umgekehrt. Wir können nicht zulassen, dass gewisse Migranten hier fundamentalistische Strömungen etablieren, die aus dem Mittelalter stammen. Im Moment beobachten wir Rückwärtsbewegungen. Das müssen wir ernst nehmen.

Brauchen wir schärfere Gesetze? Nein, die bestehenden Gesetze reichen an sich aus – sofern sie umgesetzt werden respektive sofern die Justiz den möglichen Strafrahmen ausschöpft. Deshalb müssen Leute, die Gewalt anwenden, hart bestraft werden. Ohnehin kommen viele dieser Männer aus Ländern, wo hart durchgegriffen wird, wenn Gesetze verletzt werden. Sie verstehen die Grenzen ihres Tuns sehr wohl. Oft sind sie erstaunt, wie milde man hier mit Straftätern umspringt.

Die Präsidentin der CVP Frauen forderte, dass ausländische Täter ausgeschafft werden und nicht immer mildernde Umstände gelten sollten. Das finde ich völlig richtig. Ein Migrant, der seine Frau und seine Kinder schlägt, soll nicht hierbleiben. Wer unsere Freiheiten nutzt und unsere Sicherheit, um unsere Freiheiten und unsere Rechte zu gefährden, hat hier nichts verloren.

Das sind neue Töne. Die CVP hat sich in der Umsetzungsdebatte zur Ausschaffungs-Initiative für die Härtefallklausel starkgemacht. Natürlich müssen wir uns an zwingende völkerrechtliche Bestimmungen halten. Aber dort, wo es möglich ist, müssen wir konsequent und mit Härte reagieren. Wer nicht mit unseren Freiheitsrechten umgehen kann, der soll gehen. Jeder Flüchtling, der nicht in einem islamischen, sondern in einem europäischen Land ein Asylgesuch stellt, hat eine Wahl getroffen und muss sich unseren Gesetzen unterordnen.

Wäre weniger Migration die Lösung? Weniger Migration ist ein frommer Wunsch. Aber sicher sollte man die Menschen nicht mit falschen Versprechungen nach Europa locken. Es ist falsch verstandene Humanität, wenn man den Leuten suggeriert, sie könnten alle bei uns Aufnahme finden – dass man ihnen allen helfen kann. Und jeder Asylbewerber, der in seiner Heimat nicht an Leib und Leben gefährdet ist, nimmt einem echten Flüchtling den Platz weg.

Nächstes Jahr ist Wahljahr, und Sie wollen für die Aargauer CVP in den Ständerat. Betreiben Sie einfach Wahlkampf, oder würden Sie als Ständerätin so politisieren? Wenn ich gewählt

werde, dann aufgrund meiner Positionen. Zudem: Die konsequente Verfolgung von Gewalttätern, der Schutz der Opfer, die strikte Anwendung der Gesetze und die Durchsetzung des Rechtsstaats sind politische Forderungen, die eigentlich selbstverständlich sind. Also alles andere als extrem. (Basler Zeitung)

Erstellt: 21.08.2018, 10:08 Uhr